



Tobias Meier

# Keine Angst vor organisierten Bürgern!



Die Bürgerplattform Stark! im Kölner Norden feierte am 18. Oktober 2017 ihr zweijähriges Bestehen und die ersten Erfolge. Sie wurde 2015 mit knapp 30 Gruppen als starker zivilgesellschaftlicher Zusammenschluss in Köln gegründet. Neben Kirchengemeinden, Moscheen, Vereinen und Nachbarschaften war auch die afrikanische Community von Anfang an maßgeblich beteiligt. Nach den ersten Erfahrungen im solidarischen Handeln (und drei erfolgreichen Kampagnen) haben sich alle Gruppen der Bürgerplattform dafür entschieden, das Haus Afrika als Konzept und Idee als gemeinsame Kampagne zu unterstützen.

Die Abbildung 1 zeigt Bürger der Stadt Köln. Menschen, die sich mit ihren Gruppen am 18. Oktober 2017 in der Katholischen Kirchengemeinde Zu den Heiligen Rochus, Dreikönigen und Bartholomäus in Köln-Bickendorf zusammengefunden haben, um zu feiern, dass drei gemeinsame Themen erfolgreich abgeschlossen wurden. So konnten zwei Spielplätze saniert oder neugeplant werden, die baulichen Zustände in der Siedlung Im Mönchsfeld verbessert und drei Lehrerstellen für den islamischen Religionsunterricht geschaffen werden. Es sind Menschen wie Ulrike Hilbrig, die in der Nachbarschaft wohnt und als Mitglied der Evangelischen Kirchengemeinde Bickendorf mit den Gruppen der Bürgerplattform für den benachbarten Spielplatz gekämpft hat, oder wie Horstense Yapi, die vor einigen Jahren von der Elfenbeinküste nach Köln gezogen ist und an diesem Abend mit dem Haus Afrika das neue Thema der Bürgerplattform vorstellen wird.

Sie und viele andere sind Menschen, die der Politikwissenschaftler Franz Walter „Viertelgestalterinnen und Viertelgestalter“ nennt (Hoeft et al. 2014) und die in ihren jeweiligen Bezügen eine Vision vom besseren (Zusammen-)Leben tagtäglich gestalten – die aber gleichzeitig nicht darin verharren, nur soziale Dienstleistungen anzubieten, sondern auf direkte Weise Politik mitgestalten möchten – die den Begriff des Bürgers nicht nur auf wahlberechtigte Einwohner einer Stadt beschränken, sondern als Gesamtheit derjenigen Menschen verstehen, die aktiv und in der Vielfalt der Nachbarschaften wirken möchten. Wenn sie dies dann noch im Rahmen einer Gruppe (Kirchengemeinde, Moschee, Verein, Nachbarschaft) umsetzen, macht sie das zu Schlüsselpersonen in einer Bürgerplattform (Penta/Düchting 2014).

## Von Bürgerbeteiligung zur Bürgergesellschaft

Aufbauend auf der Ladder of Participation (Arnstein 1969) benennen Straßburger und Rieger (2014) die höchste Form der Teilhabe als „zivilgesellschaftliche Eigenaktivitäten“. In Erweiterung der jeweiligen Vorstufen der Beteiligung wie Infor-

mieren, Meinungen erfragen, Lebensweltexpertise einholen, Mitbestimmung zulassen, Entscheidungskompetenz teilweise abgeben und Entscheidungsmacht übertragen wird erst bei den „zivilgesellschaftlichen Eigenaktivitäten“ eine komplette Eigenverantwortung von Bürgerinnen und Bürgern umgesetzt. In Erweiterung der professionell-institutionellen Verfahren auf der linken Seite der Partizipationspyramide erweitert diese Form der Teilhabe den Handlungsspielraum der rechten, bürgerschaftlichen Seite der Pyramide und ist nicht davon abhängig „ob Professionelle Partizipation gewähren“ (ebenda, S. 33).

Damit verweist Straßburger auf Grundprinzipien der demokratischen Selbstorganisation, die Leo Penta (2007, 2008) im Kontext des Community Organizing weiter ausführt. Unter dem Begriff der „gestaltenden Bürgergesellschaft“ (Penta 2008) beschreibt er, unter welchen Voraussetzungen zivilgesellschaftliche Selbstorganisationsprozesse zu einer Augenhöhe mit Wirtschaft und Staat führen können. Den Gedanken Warnfried Dettlings aufgreifend, muss sich die Zivilgesellschaft als dritte Sphäre neben Wirtschaft und Staat etablieren (ebenda, S. 191), um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger besser in politische Entscheidungsprozesse einzubringen. Dafür ist vor allem eine „gesellschaftliche Webarbeit“ (ebenda, S. 197) vonnöten, die auf Beziehungen basiert und die einzelnen Interessen zusammenführt.<sup>1</sup>

Community Organizing ist nicht der einzige Ansatz, der dies leisten kann, er ermöglicht es aber, ohne eine bestimmte Ideologie und zu Beginn ohne Thema, Menschen auf strukturierte Weise zusammenzuführen. Dies wird einerseits durch das persönliche Gespräch sehr lokal und persönlich umgesetzt, andererseits gilt es, gleichzeitig auf strukturelle Missstände hinzuweisen und gesamtstädtisch zu lösen. Werden diese Voraussetzungen erfüllt, kann Zivilgesellschaft dazu werden,

<sup>1</sup> Vgl. auch den Beitrag von Susanne Sander in diesem Heft



was Adloff (2005, S. 155) beschreibt: „Zivilgesellschaft meint den Raum, wo sich Bürger und Bürgerinnen in ihrer Rolle als Bürger treffen und solidarisch oder konflikthaft handeln – sie können sich horizontal vernetzen, solidarisch handeln und sich bürgerschaftlich selbst organisieren, oder sie beziehen sich zustimmend oder protestierend auf den Raum des Politischen und verstehen sich als Urheber der Gesetze. Sie handeln in diesem öffentlichen Raum nicht als Familienmitglieder, Bürokraten oder Wirtschaftsbürger, sondern in der Rolle des Citizen.“ (kursiv im Original)

Dieser Grundsatz war 2015 auch bei der Gründung der Bürgerplattform in Köln zu sehen. An einem sonnigen Herbsttag versammelten sich nach und nach über 800 Menschen aus knapp 30 Gruppen in der Kölner Flora, der „Guten Stube“ Kölns, und zeigten einander und den Gästen aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft, dass man etwas konstruktiv bewegen möchte. Nicht der Frust über Kölner Probleme, sondern die Lust am politischen Gestalten brachte die Menschen zusammen. Menschen, die über zwei Jahre miteinander Beziehungen aufgebaut haben und dies nun öffentlich kundtun möchten. Menschen, die schon erste Themen miteinander erstritten haben und auf der Bühne davon berichten, wo man sich einmischen möchte.

## Das Gemeinwohl verhandeln

Stephane Hessel hat 2010 davon geschrieben, dass man sich mehr empören solle. Ein Grundsatz, den es vor dem Hintergrund seiner Biografie unbedingt zu unterstützen gilt. Er weist aber auch darauf hin, dass dabei folgender Grundsatz gilt: „Wer heute etwas erreichen will, muss gut vernetzt sein und sich aller modernen Kommunikationsmittel bedienen“ (Hessel 2010, S. 15). Vernetzen ist aber kein abstrakter Selbstzweck, sondern dann von Relevanz, wenn es die Grundlage politischen Handelns wird. Stephane Hessel hat diese Erfahrungen im Schatten einer Diktatur und mit Angst um das eigene Leben erlebt, aber auch die modernen Demokratien leben davon, dass sich ihre Bürger ein- und ihre Interessen zu Gehör bringen. Oder wie Herfried Münkler (2012) es ausdrückt: Empörung sollte nicht in der Wut auf das System verharren, sondern dazu ermutigen, eigene Alternativen einzubringen und sich auf eine Demokratie einzulassen, die „politische Prozesse unter größtmöglicher Beteiligung der davon Betroffenen organisiert“.

Es ist sehr erfreulich, dass sich seit den 1980er Jahren gerade in der Stadtpolitik und -planung verschiedene Verfahren entwickelt haben, um diese Teilhabe zu organisieren und Mitsprache derjenigen zu ermöglichen, die von konkreten Umgestaltungen am meisten betroffen werden. Von der Planungszelle über Quartiersmanagement bis zur Charette ist die Vielfalt über die Jahre gewachsen (Stiftung Mitarbeit/ÖGUT 2018), um das einzulösen, was im Sinne einer kommunikativen und kollaborativen (Selle 2005, Healey 1997) Planung versprochen

wird. Viele dieser Beteiligungsverfahren sind mittlerweile gesetzlich vorgeschrieben oder werden in den Verwaltungen über entsprechende Fachstellen gefördert. Knotenpunkte wie die Stabsstelle Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement in Wuppertal (Stadt Wuppertal 2018) oder der Leitlinienprozess zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in der Stadt Köln (Schöffmann 2018) bieten das Potenzial, die verschiedenen Vorhaben zu bündeln und im Sinne einer Gesamtstrategie für Verwaltung und Bürger nutzbar zu machen.

Bei allen positiven Entwicklungen ist aber nicht zu vergessen, dass die reale Macht in solchen Beteiligungsprozessen nicht immer offengelegt wird (Flyvbjerg 1998). Bereits in den Planungsdiskussionen der 1990er Jahre wurde immer wieder deutlich, dass eine Mitverantwortung nur dann erfolgreich stattfindet, wenn sich die beteiligten Partner als Verhandlungspartner verstehen und miteinander (teilweise konflikthaft) politisch agieren (Peters 2007). Das bedeutet auch, dass Ergebnisse nicht bereits vordefiniert sind, eigentlich an anderer Stelle verhandelt werden oder man unter falschen Voraussetzungen zusammenkommt.

Vor allem bedingt es, die „Macht“ nicht von vorneherein als etwas Böses zu betrachten, sondern sich ihr auch in zivilgesellschaftlichen Kontexten erst einmal vorurteilsfrei zu nähern. Hannah Arendt schreibt dazu: „Macht gehört in der Tat zum Wesen aller staatlichen Gemeinwesen, ja aller irgendwie organisierten Gruppen“ und ist im Gegensatz zu Gewalt ein Selbstzweck, der „keiner Rechtfertigung [bedarf], da sie allen menschlichen Gemeinschaften immer schon inhärent ist“ (Arendt 2000, S. 180 f.). Macht ist damit weder gut noch böse, sondern entsteht, wenn Menschen gemeinsam handeln (ebenda, S. 181). Es gilt, sich dessen auch in der Zivilgesellschaft bewusst zu werden und selbstbewusst als politisches Subjekt im öffentlichen Raum zu agieren. Gerade vor dem Hintergrund, dass sich heutzutage auch die rechten Ränder ihrer Macht durchaus bewusst sind (Walter et al. 2013, S. 333; Rüttgers 2018), ist es mehr denn je geboten, zivilgesellschaftliche Macht im Miteinander und in der Vielfalt aufzubauen.

In diesem Sinne ist auch zu verstehen, wenn im Community Organizing von „gestaltender Bürgergesellschaft“ gesprochen wird. In der Tradition von Alexis de Tocqueville (1835) und mit Bezug auf Hannah Arendt geht es darum, Menschen in ihrer Vielfalt und mit ihren Vereinigungen in einen demokratischen Willensbildungsprozess (neu) zu integrieren und denjenigen eine Stimme zu geben, die diese nur unzureichend haben. Schon Saul Alinsky hat festgestellt, dass dies nicht mit einer Defizitorientierung nur auf die Ausgegrenzten erfolgen kann, sondern im Gegenteil nur das solidarische Miteinander den „democratic way of life“ in den Nachbarschaften verteidigt (Horwitt 1992, S. 75). Denn „jede/r von uns trägt dazu bei, Macht aufzubauen, ohne die menschliches Leben keinen Bestand haben kann. Das Problem des Politischen ist nicht, einen Platz zu schaffen, von dem das Gesellschaftliche ausgeschlos-



sen wird, sondern Macht in Gemeinsamkeit zu gründen, während Vielfalt verehrt – nicht bloß Differenz respektiert wird. Vielfalt kann nicht durch bürokratische Entscheidungsformen verehrt werden. Vielfalt ist der Albtraum der Bürokratie. Die bürokratische Antwort darauf ist, eine neue Kategorie zu erfinden oder in der Welt der Wirtschaft 57 Sorten zu produzieren.“ (Wolin 1983, S. 304)



Abb. 1: Bürger der Stadt Köln am 18. Oktober 2017 in der Katholischen Kirchengemeinde Zu den Heiligen Rochus, Dreikönigen und Bartholomäus in Köln

## Die Aktion im öffentlichen Raum

Es ist also auch Aufgabe der Zivilgesellschaft, den öffentlichen Raum als Verhandlungsort für gemeinwohlorientierte Interessen neu zu entdecken und im Diskurs zu entwickeln. In Ergänzung anderer Formen der öffentlichen Meinungsäußerung wie Demonstrationen oder Unterschriftensammlungen kommen im Community Organizing die Bürger mit den Entscheidungsträgern immer wieder in einer bestimmten öffentlichen Form („Aktion“) zusammen und verhandeln persönlich über die Zukunft der Stadt. Hierzu ein Beispiel aus Berlin:

Es ist Freitag, der 1. Dezember 2017: In der Hertie School of Governance in der Berliner Friedrichstraße haben sich 100 Bürger aus den 80 Gruppen der drei Berliner Bürgerplattformen zusammengefunden, um mit dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller zwei große Themen zu verhandeln. In der Mitte ist ein großer Tisch aufgestellt, an dem ein Verhandlungsteam aus fünf Personen Platz nimmt und um den sich die weiteren Teilnehmer gruppieren. Die Stimmung ist vor dem Beginn angespannt, alle warten auf die Vertreter der Politik, die pünktlich zum vereinbarten Termin den Saal betreten. Gemeinsam mit den Staatssekretären nehmen sie am Tisch gegenüber Platz. Die Moderation eröffnet die Versammlung und lädt alle Anwesenden dazu ein, sich gegenseitig vorzustellen. Es werden keine Transparente und Spruchbänder gezeigt, sondern Menschen zeigen sich persönlich als Vertreter ihrer Gruppen und Bürgerplattformen und machen deutlich, dass sie hier etwas konstruktiv bewegen möchten.

Die Aussage davon ist: Nicht nur die Themen haben uns heute hier in diesen Raum gebracht, sondern auch die Beziehungen untereinander und zur Politik – Beziehungen, die sich im öffentlichen Leben verorten lassen und dadurch auch von Verhandlungen und Konflikten geprägt sein können. Denn darum soll es auch gehen: Rund um die Situation in den Kindertagesstätten und zur Bebauung an der Grünauer Straße werden Geschichten, Statistiken und Ideen geteilt, um einen politischen Prozess mitzugestalten. Auf Augenhöhe mit den Entscheidungsträgern, aber auch in Mitverantwortung durch die Bürger der Stadt. Es wird an diesem Abend keine Einigung geben, aber eine Vereinbarung für weitere Gespräche vor Ort, dort wo Neues entstehen soll. Und es gibt von beiden Seiten Zugeständnisse: von der Politik, sich auf diesen Prozess einzulassen, und von den Bürgern diesen weiter voranzubringen.

Eine Aktion schafft eine Verhandlungssituation auf Augenhöhe im Habermas'schen Sinne. Im Wissen um bestehende Machtverhältnisse und als Austausch von Argumenten findet so Politik im eigentlichen und unmittelbaren Sinne statt. Eine Politik, die auf Aushandlung und Konflikt basiert, aber gleichzeitig auch das Gegenüber als Teil der Gesellschaft respektiert. Dann kann das entstehen, was Carolin Emke (2017, S. 218) mit Bezug auf Hannah Arendt als Ideal einer offenen, demokratischen Gesellschaft beschreibt: „Das Wir definiert niemand allein. Es entsteht, wenn Menschen zusammen handeln und es verschwindet, wenn sie sich aufspalten. Gegen den Hass aufzubegehren, sich in einem Wir zusammenzufinden, um miteinander zu sprechen und zu handeln, das wäre eine mutige, konstruktive und zarte Form der Macht.“

Tobias Meier  
Bürgerplattform Stark! im Kölner Norden, Köln  
DICO – Deutsches Institut für Community Organizing,  
Berlin

## Quellen:

- Adloff, Frank (2005): Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis, Campus, Frankfurt/New York.
- Arendt, Hannah (2000): In der Gegenwart. Übungen zum politischen Denken II, Piper Taschenbuch, München/Zürich.
- Arnstein, Sherry R. (1969): A Ladder of Citizen Participation, JAIP, Vol. 35, No. 4, S. 216-224.
- de Tocqueville, Alexis (1835, 1986): Über die Demokratie in Amerika, Reclams Universal-Bibliothek, Band 8077, Ditzingen.
- Emke, Carolin (2017): Gegen den Hass, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Band 10027, Bonn.
- Flyvbjerg, Bent (1998): Rationality and Power: Democracy in Practice, University of Chicago Press, Chicago.
- Healey, Patsy (1997): Collaborative Planning: Shaping Places in Fragmented Societies, Macmillan, London.
- Hessel, Stephane (2010): Empört euch!, Ullstein, Berlin.
- Hoef, Christoph/Klatt, Christoph/Klimmeck, Annike et al. (2014): Wer organisiert die „Entbehrlichen“? Viertelgestalterinnen und Viertelgestalter in benachteiligten Stadtquartieren, transcript, Bielefeld.



Horwitt, Sandford D. (1992): Let Them Call Me Rebel: Saul Alinsky: His Life and Legacy, Vintage, New York.

Penta, Leo J. (Hrsg.) (2007): Community Organizing. Menschen verändern ihre Stadt, Edition Körber, Hamburg.

Penta, Leo J. (2008): Community Organizing und die gestaltende Bürgergesellschaft. Warum Gutes-tun allein nicht ausreicht, in: Dettling, Daniel (Hrsg.): Die Zukunft der Bürgergesellschaft. Herausforderungen und Perspektiven für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Festschrift für Warnfried Dettling, VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden, S. 191-198.

Peters, Deike (2007): PlanerInnen als „deliberative practitioners“ – Auf dem Weg zu einem neuen, diskursiven Pragmatismus in der Planung(stheorie)?, in: Hamedinger, Alexander/Frey, Oliver/Dangschat, Jens/Breitfuss, Andrea (2007): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Berlin, S. 309-321.

Selle, Klaus (2005): Planen. Steuern. Entwickeln. Der Beitrag öffentlicher Akteure zur räumlichen Entwicklung von Stadt und Land, Verlag Dorothea Rohn, Lemgo.

Stiftung Mitarbeit/ÖGUT (Hrsg.) (2018): Bürgerbeteiligung in der Praxis. Ein Methodenhandbuch. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 52, Verlag Stiftung Mitarbeit, Bonn.

Straßburger, Gaby/Rieger, Judith (2014): Partizipation kompakt. Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe, Beltz, Weinheim.

Walter et al. (Hrsg.) (2013): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.

Wolin, Sheldon (1983): Hannah Arendt: Democracy and The Political, in: Salmagundi, No. 60, On Hannah Arendt (Spring-Summer 1983), S. 3-19.

## Internetquellen:

Münkler, Herfried (2012): <https://www.nzz.ch/feuilleton/die-verdrossenen-und-die-empoeerten-1.16611315>, Zugriff am 17.07.2018

Penta, Leo J./Düchting, Frank (2014): Für eine lebendige Zivilgesellschaft – Community Organizing in Bürgerplattformen, in: eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 01/2014 vom 17.01.2014, online abrufbar unter [https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag\\_penta\\_duechting\\_140117.pdf](https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_penta_duechting_140117.pdf)

Rüttgers, Martin (2018): Die „dunkle Seite der Zivilgesellschaft“. Weniger Empörung, mehr Aufklärung bitte!, in: eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 02/2018 vom 13.07.2018, online abzurufen unter: [https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter\\_beitraege/2\\_2018/nbb\\_beitrag\\_ruettgers\\_180713.pdf](https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/2_2018/nbb_beitrag_ruettgers_180713.pdf)

Schöffmann, Dieter (2018): Mit einer aktiven Bürgerschaft zur Bürgerkommune – Zur sinnvollen Verknüpfung von Beteiligung und Engagement, In: eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 05/2018 vom 17.05.2018, online abrufbar unter [https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag\\_schoeffmann\\_180516.pdf](https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_schoeffmann_180516.pdf)

Stadt Wuppertal (2018): <https://www.wuppertal.de/rathaus-buergerservice/oberbu-ergermeister/stabstelle-buergerbeteiligung-und-buergerengagement.php>, Zugriff am 17.07.2018

## Ordentliche Mitgliederversammlung des vhw-Bundesverbands für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.

**Der Verbandsrat hat die ordentliche Mitgliederversammlung auf Donnerstag, den 15. November 2018, 11:00 Uhr festgelegt.**

**Ort: WECC – Westhafen Event & Convention Center Sektor B, Halle 1, kleiner Saal  
Westhafenstraße 1, 13353 Berlin**

### Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes  
Der Tätigkeitsbericht 2. Halbjahr 2017/1. Halbjahr 2018 liegt zur Mitgliederversammlung vor.
2. Bericht des Verbandsrates
3. Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses
4. Feststellung des vom Vorstand und vom Verbandsrat aufgestellten Jahresabschlusses 2017
5. Entlastung des Verbandsrates für das Geschäftsjahr 2017
6. Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2017
7. Bericht des Vorstandes über den Arbeits- und Wirtschaftsplan 2018/2019
8. Anträge an die Mitgliederversammlung
9. Wahl des Verbandsrates gemäß § 8 Abs. 1 Nr. 1 der Satzung
10. Wahl des Kuratoriums gemäß § 8 Abs. 1 Nr. 2 der Satzung
11. Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses gemäß § 8 Abs. 1 Nr. 4 der Satzung
12. Verschiedenes

**Dr. Peter Kurz, Verbandsratsvorsitzender**

**Prof. Dr. Jürgen Aring, Vorstand**

Zur Wahrnehmung des Stimmrechts auf der Mitgliederversammlung wird auf § 9 Abs. 2 und Abs. 3 der Satzung verwiesen. Anträge an die Mitgliederversammlung müssen gemäß § 8 Abs. 2 der Satzung mindestens vier Wochen vor dem Tag der Mitgliederversammlung, am Mittwoch, dem 17. Oktober 2018, beim Verbandsrat (vhw-Bundesgeschäftsstelle, Fritschestraße 27–28, 10585 Berlin) eingegangen sein.